



Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

An die
Damen und Herren Mitglieder
des Ausschusses für Soziales und Integration des Rates der Stadt Meckenheim

nachrichtlich an alle Ratsmitglieder

Meckenheim, 28.06.2010

Einladung

zur 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rates der Stadt Meckenheim

Termin : 08.07.2010, 19:00 Uhr
Sitzungsort: Verwaltungsgebäude Im Ruhrfeld 16,
53340 Meckenheim, Sitzungssaal S 5

Sehr geehrte Damen und Herren,
zur vorgenannten Sitzung wird herzlich eingeladen.

Verteiler:

Ratsmitglieder CDU

Schwaner, Siegfried
Schwerdtfeger, Jürgen
Voigtsberger, Alexander
Wieland, Wilfried

Ratsmitglieder BfM

Schiller, Simone
Zimmer, Inka

Ratsmitglieder SPD

Wiens, Heidi

Ratsmitglieder UWG

Radermacher, Petra

Sachkundige Bürger/innen CDU

Kroeger, Katja
Krüger, Irene

Sachkundige Bürger/innen BfM

Gamer, Guido

Sachkundige Bürger/innen SPD

Sehan, Sonja

Sachkundige Bürger/innen UWG

Durstewitz, Erich

Sachkundige Bürger/innen FDP

Busch, Eberhard

Sachkundige Bürger/innen Bündnis 90/Die Grünen

Hartmann, Bernhard

Gäste

Frau Hildegunde Schmid -WIGWAM Meckenheim-
Frau Sabine Graaf - SPZ Meckenheim-

A. Tagesordnung öffentlicher Teil
--

1. Bestellung eines Schriftführer
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift vom 25.03.2010 zur 2. Sitzung am 11.03.2010
4. Anerkennung der Tagesordnung
5. Vorstellung des Projektes "Wir gemeinsam" WIGWAM des Freiwilligenzentrums Meckenheim Vo/2010/00968
6. Vorstellung der Arbeit des Sozialpsychiatrischen Zentrums in Meckenheim Vo/2010/00969
7. Sachstand hinsichtlich der Erstellung des "Sozialkompass" für alle sozialen Einrichtungen und Angebote der Stadt Meckenheim (UWG v. 21.06.2010) Vo/2010/00981
8. Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitssuchende -SGB II- (BfM v. 23.06.2010) Vo/2010/00982
9. Bildung eines Integrationsrates (BfM v. 23.06.2010) Vo/2010/00983
10. Anträge
11. Anfragen
- 11.1. Mündliche Anfragen
12. Mitteilungen
- 12.1. Bericht über die Fortführung der KommIn Projekte in Meckenheim M/2010/00979

B. Tagesordnung nicht-öffentlicher Teil
--

1. Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift vom 25.03.2010 zur 2. Sitzung am 11.03.2010
2. Anerkennung der Tagesordnung
3. Anträge
4. Anfragen
 - 4.1. Mündliche Anfragen
5. Mitteilungen
 - 5.1. Mitteilungen M/2010/00974
 - 5.2. Mitteilungen M/2010/00972

Mit freundlichen Grüßen

Wilfried Wieland
Ausschussvorsitzender

Bert Spilles
Bürgermeister



Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Vorlage

50 - Soziales

Vorl.Nr.: Vo/2010/00968

Datum: 16.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	öffentlich	Kenntnisnahme

Tagesordnung

Vorstellung des Projektes "Wir gemeinsam" WIGWAM des Freiwilligenzentrums Meckenheim

Begründung

Die Leiterin, Frau Hildegunde Schmid wird die Angebote der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe vorstellen und über ihre Arbeit berichten.

Vorab eine Kurzbeschreibung des Konzeptes:

WIGWAM – Wir Gemeinsam – Wir aus Meckenheim

Im Projekt WIGWAM sind zur Zeit 20 Personen engagiert. Sie unterstützen ältere Menschen, die in ihrer Umgebung in ihren eigenen Haushalten leben. Neben der Fürsorge älterer Menschen im Rahmen der gemeinwesenorientierter Nachbarschaftshilfe umfasst die Betreuung auch

1. einsame Menschen
2. „ältere“ behinderte Menschen sowie
3. Familien und Kinder

Die Arbeit von WIGWAM wird vom Caritasverband sowie der katholischen und evangelischen Kirche unterstützt.

Zu der Arbeit, die u.a. Gespräche, Besuche und Spaziergänge, Begleitung zu Ärzten und Behörden anbietet, gehört ein sehr hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement, Mitgefühl und Menschlichkeit.

Bereits jetzt werden pro Jahr etwa schon 20 bis 30 Fälle über mehrere Jahre durch WIGWAM begleitet.

Dieses Engagement der ehrenamtlichen Helfer soll mehr in die Öffentlichkeit getragen werden, um die Arbeit einem breiteren Publikum bekannt zu machen.

Meckenheim, den 16.06.2010

Werner Schreck
Sachbearbeiter

Hans-Karl Müller
Leiter



Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Vorlage

50 - Soziales

Vorl.Nr.: Vo/2010/00969

Datum: 16.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	öffentlich	Kenntnisnahme

Tagesordnung

Vorstellung der Arbeit des Sozialpsychiatrischen Zentrums in Meckenheim

Begründung

Die Leiterin, Frau Sabine Graaf, wird die Angebote des Sozialpsychiatrischen Zentrums (SPZ) vorstellen und über ihre Arbeit berichten.

Meckenheim, den 16.06.2010

Werner Schreck
Sachbearbeiter

Hans-Karl Müller
Leiter



Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Vorlage

UWG-Fraktion

Vorl.Nr.: Vo/2010/00981

Datum: 23.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	öffentlich	Entscheidung

Tagesordnung

Sachstand hinsichtlich der Erstellung des "Sozialkompass" für alle sozialen Einrichtungen und Angebote der Stadt Meckenheim

Begründung

Siehe beigefügten Antrag.

Meckenheim, den 23.06.2010

Josef Dunkelberg

Fraktionsvorsitzender der UWG

Anlagen:

Antrag der UWG-Fraktion vom 21.06.2010

Abstimmungsergebnis:

Ja

Nein

Enthaltungen

07

Eingegangen
 Der Bürgermeister
 21 Juni 2010
 Stadt
 Meckenheim



An den
 Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Integration
 Herrn Wilfried Wieland

Über: Herrn Bürgermeister Bert Spilles

Meckenheim, den 18.6.2010

Sehr geehrter Herr Wieland,

die UWG- Fraktion bittet um Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 8.7.2010.

Anfrage

Die Verwaltung wird gebeten darüber zu berichten, wie weit die Arbeiten an dem, vom Ausschuss angeregten, „Sozialkompass“ gediehen sind.

Mit freundlichen Grüßen



Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Vorlage

BfM-Fraktion

Vorl.Nr.: Vo/2010/00982

Datum: 23.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	öffentlich	Entscheidung

Tagesordnung

Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Kreis Auskünfte zu den Vorstellungen des Kreises zum Modell „Optionskommune“ einzuholen und diese dem Ausschuss für Soziales und Integration vorzustellen.

Unter Hinweis auf die Presseveröffentlichung erscheinen Antworten auf folgende Fragen von besonderem Interesse:

1. Auf welche Weise sieht der Kreis eine Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen beim aufwendigen Antragsverfahren vor?
2. Ist der Kreis darauf vorbereitet und leistungsfähig genug, die notwendige Einführung einer eigenen IT-Organisationseinheit sicherzustellen?
3. Welche Bedingungen, Kosten und Folgekosten entstehen aus der dann notwendigen Übernahme von 90 % der Angehörigen des Personals der Bundesagentur für Arbeit?
4. Wie wird das finanzielle Risiko wegen späterer Rückforderungen des Bundes für den Kreis eingeschätzt?
5. Kann die zu bildende neue Organisation die notwendigen Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen - zumindest wie bisher - sicherstellen?
6. Wie beurteilt der Kreis das Risiko, dass durch die Übernahme der Zuständigkeit die Kreisumlage erhöht werden muss?

7. Werden die bisherigen Anlaufstellen der ARGE für Erwerbssuchende weitergeführt?

8. Wie bewertet der Kreis die Chance, zu den bundesweit zusätzlich vorgesehenen 41 Optionskommunen zugelassen zu werden?

Finanzielle Auswirkungen

Begründung

Siehe beigefügten Antrag.

Meckenheim, den 23.06.2010

Hans-Karl Müller
Sachbearbeiter/in

Johannes Steger
Leiter/in

Anlagen:
Antrag der BfM-Fraktion vom 23.06.2010

Abstimmungsergebnis:

Ja

Nein

Enthaltungen

Bürger für Meckenheim, Max-Planck-Straße 35a, 53340 Meckenheim

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Soziales und Integration
Herrn Wilfried Wieland

Fraktionsvorsitzender

Johannes Steger
Max-Planck-Straße 35a
53340 Meckenheim
Telefon: 02225 – 702564
Email: steger.bfm@web.de

über

Herrn Bürgermeister
Bert Spilles
Bahnhofstraße 22
53340 Meckenheim

23. Juni 2010

Aufnahme eines Tagespunktes für die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 8.7.2010

hier: Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Sehr geehrter Herr Wieland,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion **Bürger für Meckenheim** beantragt die Aufnahme des o.a. Tagesordnungspunktes zur öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 8.7.2010:

Begründung:

In der Ausgabe des General-Anzeigers vom 23.6.2010 wird unter der Überschrift

„In den Gemeinden geht die Angst um“

sehr ausführlich darüber berichtet, dass der Kreis als zuständiger Sozialhilfeträger noch in diesem Jahr darüber entscheiden muss, ob das bisherige gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit getragene Jobcenter weitergeführt wird oder der Kreis dessen Aufgaben als sogenannte „Optionskommune“ eigenständig wahrnehmen soll.

Gemäß § 6a Absatz 1 und 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch können neben den bereits bestehenden 69 zugelassenen kommunalen Trägern bis zu 41 weitere kommunale Träger zur alleinigen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende zugelassen werden. Voraussetzung für die Zulassung ist die Eignung zur Erfüllung aller Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Bei mehr als 41 bundesweiten Anträgen auf Zulassung muss eine Auswahl unter den kommunalen Trägern getroffen werden. Laut Pressebericht soll die Entscheidung, „ob man zu den erwartungsgemäß sieben bis acht nordrhein-westfälischen Optionskommunen gehören darf“, im April 2011 fallen.

Die Kreisverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises hat dem Kreissozialausschuss in seiner Sitzung am 17. Juni 2010 die Absicht vorgestellt, sich als eine der bundesweit noch zulässigen zusätzlichen kommunalen Träger in alleiniger Verantwortung für die Grundsicherung für Arbeitssuchende zu bewerben. Hierzu ist ein Kreistagsbeschluss mit einer 2/3-Mehrheit erforderlich.

Auch nach dem Pressebericht tendiert der Kreis zu dem Modell der Optionskommune. Für die kreisangehörigen Kommunen ist es vor der entsprechenden Kreistagsentscheidung wichtig bewerten zu können, welche Auswirkungen die geplante Eigenzuständigkeit des Kreises für diesen Aufgabenbereich auf die kreisangehörigen Kommunen haben wird. Schließlich vertreten die Kreistagsmitglieder nicht nur die Interessen des Kreises, sondern insbesondere auch die Interessen der Kommunen, in denen sie als Kreistagsabgeordnete gewählt wurden. Daher wird es als notwendig erachtet, dass auch in den kommunalen Räten eine Meinungsbildung zu diesem Thema stattfindet.

Um eine politische Meinungsbildung in den Meckenheimer Ratsgremien zu ermöglichen, möge der Ausschuss beschließen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Kreis Auskünfte zu den Vorstellungen des Kreises zum Modell „Optionskommune“ einzuholen und diese dem Ausschuss für Soziales und Integration vorzustellen.

Unter Hinweis auf die Presseveröffentlichung erscheinen Antworten auf folgende Fragen von besonderem Interesse:

1. Auf welche Weise sieht der Kreis eine Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen beim aufwendigen Antragsverfahren vor?
2. Ist der Kreis darauf vorbereitet und leistungsfähig genug, die notwendige Einführung einer eigenen IT-Organisationseinheit sicherzustellen?
3. Welche Bedingungen, Kosten und Folgekosten entstehen aus der dann notwendigen Übernahme von 90 % der Angehörigen des Personals der Bundesagentur für Arbeit?
4. Wie wird das finanzielle Risiko wegen späterer Rückforderungen des Bundes für den Kreis eingeschätzt?
5. Kann die zu bildende neue Organisation die notwendigen Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen - zumindest wie bisher - sicherstellen?
6. Wie beurteilt der Kreis das Risiko, dass durch die Übernahme der Zuständigkeit die Kreisumlage erhöht werden muss?
7. Werden die bisherigen Anlaufstellen der ARGE für Erwerbssuchende weitergeführt?
8. Wie bewertet der Kreis die Chance, zu den bundesweit zusätzlich vorgesehenen 41 Optionskommunen zugelassen zu werden?

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Steger



Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Vorlage

BfM-Fraktion

Vorl.Nr.: Vo/2010/00983

Datum: 25.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	öffentlich	Entscheidung

Tagesordnung

Bildung eines Integrationsrates

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Meckenheim die Bildung eines Integrationsrates.

Begründung

Siehe beigefügten Antrag.

Meckenheim, den 25.06.2010

Johannes Steger

Fraktionsvorsitzender der BfM

Anlagen:

Antrag der BfM-Fraktion vom 23.06.2010

Abstimmungsergebnis:

Ja

Nein

Enthaltungen

Bürger für Meckenheim, Max-Planck-Straße 35a, 53340 Meckenheim

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Soziales und Integration
Herr Wilfried Wieland

über

Herrn Bürgermeister Bert Spilles
Bahnhofstraße 22
53340 Meckenheim

Fraktionsvorsitzender

Johannes Steger

Max-Planck-Straße 35a
53340 Meckenheim
Telefon: 02225 – 702564
Email: steger.bfm@web.de

23. Juni 2010

Aufnahme eines Tagespunktes für die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 8.7.2010

hier: Bildung eines Integrationsrates

Sehr geehrter Herr Wieland,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion **Bürger für Meckenheim** bittet Sie, das Thema
Bildung eines Integrationsrates

auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 8.7.2010 zu setzen.

Begründung:

Die besondere Bedeutung der Integration für alle Bereiche der Gesellschaft und eines gedeihlichen Zusammenlebens ist allgemein anerkannt.

Es gibt in der Stadt Meckenheim viele, insbesondere ehrenamtliche Gruppierungen, die in der Integrationsarbeit tätig sind. Die hier bereits geleistete Arbeit sollte durch eine offiziell und öffentlich tätige Institution unterstützt und – wo immer möglich – auch gebündelt werden.

Die Gemeindeordnung sieht hierzu im § 27 die Einrichtung von Integrationsräten vor. Kommunen, in denen mindestens 5.000 ausländische Mitbürger leben, sind zur Bildung eines Integrationsrates verpflichtet.

Kommunen, die diese Grenze nicht erreichen, können einen Integrationsrat durch einen entsprechenden Ratsbeschluss auf freiwilliger Basis bilden.

Der Integrationsrat setzt sich zu gleichen Teilen aus gewählten ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie vom Rat benannten weiteren Mitgliedern zusammen. Wählbar sind auch diejenigen nicht deutschstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die noch nicht länger als 5 Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.

Die in Meckenheim lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger würden durch einen solchen Integrationsrat eine offizielle Vertretung für ihre kommunalen Interessen erhalten, die einen effektiven und wichtigen Beitrag für die Integration leisten kann.

Die BfM-Fraktion stellt den Antrag dem zuständigen Ausschuss für Soziales und Integration hiermit zur Diskussion. Ziel sollte es sein, dass der Ausschuss dem Rat die Empfehlung ausspricht, den Beschluss zu fassen, einen Integrationsrat einzurichten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Meckenheim die Bildung eines Integrationsrates.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Steger', written in a cursive style.

Johannes Steger



TOP: Ö 12.1

Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Mitteilung

50 - Soziales

Vorl.Nr.: M/2010/00979

Datum: 23.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	öffentlich	Kenntnisnahme

Tagesordnung

Bericht über die Fortführung der Kommln Projekte in Meckenheim

Mitteilungstext

Nach der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 11.3.2010, wurde durch die Verwaltung ein Fortführungsantrag zu einem weiteren Kommln Projekt gestellt mit dem Titel „Transparenz der Integrationsangebote durch Interkulturelle Nachfrageorientierung“.

Mit Bescheid vom 10.05.2010 wurde das Projekt für die Zeit vom 10.5.2010 bis 31.01.2011 bewilligt.

Eine unmittelbare Umsetzung der verschiedenen „Arbeitspakete“ wie z.B. Experteninterviews wurde unmittelbar in Angriff genommen.

Die Stadt Meckenheim arbeitet seit vielen Jahren mit Einzelprojekten zum Thema Integration. So wurde durch eine Zukunftswerkstatt im Jahre 2003 das interkulturelles Beratungs- und Begegnungszentrum „Ruhfeld City“ eröffnet. Daneben gibt es viele weitere Träger, die Integrationsangebote vorhalten.

Diese Akteure waren auch in die Zukunftswerkstatt „Meckenheim-Stadt der Kulturen“ eingebunden und haben gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern aus Meckenheim mit und ohne Migrationshintergrund unter der Leitung der Stadt Meckenheim ein Integrationskonzept entwickelt, das nun vorliegt.

Das Thema Integration ist nun flächendeckend in Meckenheim zum Thema geworden und wird konstruktiv und vorwärts weisend diskutiert. Die strategische Steuerung liegt in den Händen der Stadt Meckenheim.

Durch den Integrationsbeauftragten als Ansprechpartner werden zahlreiche Integrationsprojekte

unterstützt und koordiniert, die im Rahmen der Zukunftswerkstatt entstanden sind.

Bei einem ersten Treffen der Arbeitsgruppen Arbeit und Wirtschaft, interkulturelles Zusammenleben sowie Sprache und Bildung im September 2010 soll über die bisherige Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen, die im Integrationskonzept entwickelt wurden, berichtet werden.

Als weiteres Ergebnis der Zukunftswerkstatt ist beabsichtigt, eine „Arbeitsgemeinschaft Integration“ zu bilden, die für alle Interessierten und Akteure der Integrationsarbeit offen sein wird und dem Ausschuss für Soziales und Integration regelmäßig Bericht erstattet.

Im Entwicklungsprozess wurde sehr deutlich, dass im Bereich der Transparenz und Wahrnehmung der Integrationsangebote und der Dienstleistungen der Stadt Meckenheim nach wie vor Defizite festzustellen sind. Viele Einrichtungen im Integrationsbereich (auch die Stadtverwaltung selbst) haben nur einen begrenzten Zugang zu den Zuwanderern, so dass viele Angebote nicht oder nicht ausreichend von diesen wahrgenommen werden.

Ein erster Workshop zur „Kultursensibilisierung und die Wahrnehmung der eigenen interkulturellen Kompetenz“ wird durch einen Mitarbeiter der Jugendhilfe zunächst für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe als Inhouse-Schulung am 7.7.2010 durchgeführt.

Erfolgreiche Methoden zur Ansprache der Zuwanderergruppen haben sich noch nicht flächendeckend in Meckenheim durchgesetzt. Deshalb ist im Sinne der Transparenzerhöhung der Angebote für die Zuwanderer und zur Sicherung der Nachhaltigkeit der entwickelten Maßnahmen des Integrationskonzepts hier ein dringender Handlungsbedarf gegeben.

Arbeitsgruppenübergreifend wurde die interkulturelle Öffnung (Interkulturelle Nachfrageorientierung) der Integrationsarbeit als ein wesentlicher Baustein zur Transparenzerhöhung und Wahrnehmung der Integrationsangebote erkannt und benannt.

Hierzu wurden insgesamt 8 Arbeitspakete geschnürt.

- **Arbeitspaket 1:** Analyse der IST-Situation „Einflussbereich der MSOs/ MultiplikatorInnen in den Migrantengruppen“ auf Basis von 8 Experteninterviews sowie weiteren Elementen der qualitativen Sozialforschung (Netzwerkanalyse)
- **Arbeitspaket 2:** Analyse von Beispielen gelungener interkultureller Nachfrageorientierung in Einrichtungen Meckenheims und Umgebung (Best-Practice) auf Basis von 8 Experteninterviews und Ermittlung von Tendenzen, Grundrichtungen und Erfolgsfaktoren zum Erreichen der Menschen mit Migrationshintergrund
- **Arbeitspaket 3:** Durchführung von zwei niederschweligen Workshops zur Gewinnung von Multiplikatoren incl. Ergebnisprotokollen
- **Arbeitspaket 4:** Arbeitsgruppen mit Multiplikatoren zur Erhöhung der Angebotstransparenz und zum Thema Angebotsentwicklung incl. Vor- und Nachbereitung, Ergebnisprotokoll und Handreichung für die Multiplikatoren
- **Arbeitspaket 5:** Durchführung von drei Workshops zur Entwicklung eines Konzepts der interkulturellen Nachfrageorientierung in Meckenheim incl. Vor- und Nachbereitung sowie Ergebnisprotokollen
- **Arbeitspaket 6:** Entwicklung eines Konzepts zur interkulturellen Nachfrageorientierung
- **Arbeitspaket 7:** Perspektivworkshop incl. Ergebnisprotokoll und Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die konkrete Umsetzung
- **Arbeitspaket 8:** Einrichtung einer Steuerungsgruppe

Finanzierung :

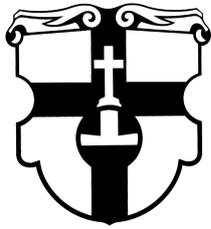
Für die Durchführung des Projekts werden insgesamt 29.500 Euro benötigt. Ein Zuschuss in Höhe

von 23.600 Euro wurde durch das Land gewährt. Der Eigenanteil von 5.900 € wird durch eigene Personalkosten gedeckt.

Meckenheim, den 23.06.2010

Christian van Engelshoven
Sachbearbeiter/in

Hans-Karl Müller
Leiter/in



TOP: N 5.1

Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Mitteilung

50 - Soziales

Vorl.Nr.: M/2010/00974

Datum: 16.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	nicht öffentlich	Kenntnisnahme

Tagesordnung

Mitteilung zur Nutzung eines städtischen Gebäudes

Mitteilungstext

Der Schlüssel für das o.a. Objekt wurde nach Mitteilung des Fachbereichs 65 – Gebäudemanagement Verwaltung bereits im Januar 2010 vom Marokkanischen Kulturverein wieder abgegeben.

Das Mietverhältnis ist seit diesem Zeitpunkt aufgelöst; die Nutzung als „Vereinshaus“ war nur eine Übergangslösung bis zur Fertigstellung des „**Neubaues des Gemeindehauses für den arabischen Kulturverein**“ Meckenheim.

Das städtische Gebäude in der Mühlenstraße soll noch in diesem Jahr abgerissen werden.

Meckenheim, den 16.06.2010

Werner Schreck
Sachbearbeiter/in

Werner Schreck
Leiter/in



TOP: N 5.2

Stadt Meckenheim

Der Bürgermeister

Mitteilung

50 - Soziales

Vorl.Nr.: M/2010/00972

Datum: 16.06.2010

Gremium	Sitzung am		
Ausschuss für Soziales und Integration	08.07.2010	nicht öffentlich	Kenntnisnahme

Tagesordnung

Mitteilung

Mitteilungstext

Wie bereits in der Niederschrift erläutert, werden die weiteren Informationen des Fachbereiches 63 –Bauordnung, Denkmalpflege als Mitteilung weitergeben:

„Zur Info:

*Bei dem Bauvorhaben in der Kalkofenstraße in 53340 Meckenheim handelt es sich um den „**Neubau eines Gemeindehauses für den arabischen Kulturverein**“ Meckenheim.*

Das Gebäude ist noch nicht in Gänze fertig gestellt, bzw. bauaufsichtlich vollständig abgenommen worden. Im Rahmen einer vorzeitigen Inbenutzungsnahme sind Teilbereiche des Gebäudes für eine eingeschränkte Nutzung frei gegeben worden.

Über den geplanten „Tag der offenen Tür“ liegen hier keine Erkenntnisse vor.“

Meckenheim, den 16.06.2010

Werner Schreck
Sachbearbeiter/in

Werner Schreck
Leiter/in

